

# Leben und arbeiten in der Schweiz

**Die Personenfreizügigkeit soll auf die zehn neuen EU-Oststaaten ausgedehnt werden. Mit welchen Folgen für die Schweiz ist zu rechnen?**

**Werde ich richtig informiert?**

● Trifft es zu, dass bei einem Nein die Wirtschaftsverbindungen zwischen der Schweiz und den EU-Ländern gefährdet und Arbeitsplätze in der Schweiz verloren gehen?

**Nein, denn die guten Wirtschaftsverbindungen haben nichts mit den neuen osteuropäischen EU-Staaten zu tun und die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer berühren den Handel zwischen den einzelnen Staaten nicht.**

● Trifft es zu, dass die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer unsere Arbeitsplätze sichert und das Wirtschaftswachstum fördert?

**Nein, denn die Schweiz hat schon heute 268'667 Arbeitslose** (Arbeitslosenstatistik gem. Staatssekretariat für Wirtschaft SECO Ende 2004, mit 5-Jahreskumulativ der Ausgesteuerten) **und in vielen Betrieben wird im Zuge des Personalabbaus**

**zwecks Gewinnmaximierung den Mitarbeitern immer noch gekündigt.** Unrühmlichstes Beispiel dafür ist die Schweizerische Post. **Wenn die Einwanderung Arbeitsplätze sichern würde, hätte Deutschland nicht 4,77 Mio. Arbeitslose und 6,74 Mio. Arbeitssuchende** (Stand Juli 2005). Karin Distler, Präsidentin des interregionalen Gewerkschaftsrats Dreiländereck sagt:

**«Wir erleben seit dem 1. Mai 2004 einen Verdrängungswettbewerb von Arbeitnehmern aus den Beitrittsländern zu Lasten der Beschäftigung in Deutschland»** (Basler Zeitung 19.8.05, S. 13). Tatsächlich kommen aus Deutschland, wo inzwischen 1,6 Mio. Osteuropäer arbeiten, monatlich Hunderte in die Schweiz. Um die Arbeitslosigkeit zu exportieren hat Deutschland unter dem Titel

«Leben und arbeiten in der Schweiz» Beratungsbüros eingerichtet. Parallel zu dieser Entwicklung ist in der Schweiz seit 1. Juni 2005 der Inländervorrang für Arbeitssuchende aufgehoben und immer mehr Bewerber aus den EU-Staaten stehen mit Schweizern in Konkurrenz.

Während in der alten EU 15 Millionen Menschen oder 8,8 Prozent ohne Arbeit sind, bringen es die neuen EU-Oststaaten auf 4,8 Millionen Arbeitslose. Das sind beachtliche 15 Prozent, in einigen Regionen bis zu 20 Prozent. (Stand: August 2005.) Das Freizügigkeitsabkommen öffnet nun all diesen 19,8 Millionen Arbeitslosen den Schweizer Arbeitsmarkt. Aber auch die schlecht bezahlten unter den 475 Millionen EU-Ausländern – Stundenlöhne zwischen zwei und drei Euro sind keine Ausnahme – zieht es in die Schweiz. Für osteuropäische Ar-

beitnehmer, die zuvor schon in Deutschland gearbeitet haben, gelten zudem die Schutzklauseln nicht. Die Billiganbieter werden nur die preisgünstigsten unserer Wohnungen zahlen können oder gezwungen sein, sich in Baracken einzuquartieren. Schweizer werden arbeitslos. Allein die teuren Wohnungen und andere Verpflichtungen laufen für Schweizer wie bisher weiter, bis sie nicht mehr zahlen können und von den Fürsorgeämtern abhängig werden.

● Besteht die Gefahr, dass unsere Sozialwerke durch die Personenfreizügigkeit unter Druck geraten?

**Diese Gefahr ist tatsächlich gross**, denn nicht nur jeder hier lebende Ausländer muss versichert sein und Prämien zahlen, sondern auch ihre Ehepartner und Kinder sind zu versichern. Alle haben Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen:

Arbeitslosengeld, Invalidenrente, Krankentaggeld, Ergänzungsleistungen. Jeder ist sofort nach Schweizer Standard obligatorisch krankenversichert, ebenso alle ihre Familienangehörigen in der Heimat. **Falls Ausländer in der Schweiz arbeitslos werden, müssten ihre Versicherungsbeiträge, auch für ihre im Ausland wohnenden Angehörigen, von unserer Fürsorge bezahlt werden. Übergangsfristen gelten nur für die Arbeitslosenversicherung, und zwar einerlei ob der Ausländer zwölf Monate lang Beiträge in der Heimat oder in der Schweiz bezahlt hat.**

● Sind flankierende Massnahmen ein genügender Schutz für Schweizer Arbeitnehmer?

**Nein, die «flankierenden Massnahmen» gegen Sozial- und Lohndumping werden keine**

**Wirkung zeigen wie heute schon die Massnahmen gegen Schwarzarbeit in der Schweiz wenig Erfolg haben.** Mit Einmann-Betrieben, «Ich-AGs» und Schwarzarbeit werden sie mühelos unterlaufen. **Offenbar sollen mit den von den Befürwortern geltend gemachten Schutzklauseln die gutgläubigen Stimmbürger, ohne die Folgen für sich selbst zu überdenken, zu einem unbedachten Ja bewegt werden.**

● Ist die schrittweise Öffnung des Arbeitsmarktes für Schweizerinnen und Schweizer eine gute Lösung?

**Nein, es spielt keine Rolle, ob die Schweiz 2007, 2011 oder erst 2014 ruiniert wird und die für den Arbeitsmarkt bisher so wertvollen Lenkungsmöglichkeiten verliert.**

● Warum wird nicht über die sozialen Folgen, welche die Personenfreizügigkeit mit sich bringt, diskutiert?

## MAMA,



## warum hat Papa keine Arbeit mehr?